

An einem sonnigen Sonnabend im September kamen die Rechtsberaterinnen und -berater der schleswig-holsteinischen Mietervereine in Neumünster zusammen, um sich bei der Landesarbeitstagung Informationen zu zwei Themengebieten einzuholen.

Auf dem Programm stand für den Vormittag mit der sozialen Wohnraumförderung eine anspruchsvolle Materie, die trotz aller Komplexität angenehm und kompetent von Dr. Maik Krüger aus dem Innenministerium dargestellt wurde. Wie wichtig die soziale Wohnraumförderung in Anbetracht der Wohnraumknappheit ist, die besonders in den größeren Städten herrscht und stark zugenommen hat, wurde anhand praktischer Beispiele und Erfahrungen der Teilnehmer sehr deutlich.

Auch kritische Anmerkungen zu den Folgewirkungen einer Förderung, die von Investoren überwiegend für den Ersatz- und nur selten für den Zusatzneubau in Anspruch genommen wird, nahm Krüger entgegen und

## Landesarbeitstagung



**Dr. Maik Krüger vom Innenministerium Schleswig-Holstein informierte über die soziale Wohnraumförderung und das Thema Wohngeld**

machte sie zum Gegenstand eines sachlichen und offenen Meinungsaustausches. Ergänzt wurde der Themenkomplex mit Informationen zum Wohngeld, das zum 1. Januar 2020 aufgestockt und aktualisiert wird und künftig alle zwei Jahre an Kostenentwicklungen angepasst werden soll.

Am Nachmittag stand das nicht minder komplexe Thema Heizkosten auf der Tagesordnung,

und zwar sowohl unter technischen als auch unter rechtlichen Gesichtspunkten. Als Referenten standen von der Firma ista Heike Wallerius und Michael Serwe zur Verfügung, die sich im Thema ebenfalls gut auskannten und sich gründlich auf die Arbeitstagung vorbereitet hatten.

Denn die rund 25 Teilnehmer – meist langjährig tätige Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte – haben im Zuge der Beratungen

bei den Mietervereinen sehr häufig mit der Prüfung von Heiz- und Betriebskostenabrechnungen zu tun und sind auf diesem Gebiet bestens bewandert. So gab es viele Gelegenheiten, sich mit den Referenten auf hohem fachlichen Niveau auszutauschen und Dinge auch tiefgehend zu hinterfragen, was für beide Seiten einen Mehrwert brachte.

Und selbstverständlich wurde auch die Gelegenheit genutzt, den kritischen Blick der Mietervereine auf die oligopolartigen Strukturen im Bereich der Energiedienstleister anzusprechen, die mit der Erfassung und Abrechnung von Heizenergie zu tun haben, sowie die Zusammensetzung und Kostenentwicklung von Abrechnungspositionen aufzugreifen, die letztlich von den Mieterhaushalten zu bezahlen sind.

Insgesamt gesehen war die Arbeitstagung eine gelungene Veranstaltung mit interessanten Vorträgen kompetenter Referenten und damit trotz des „verpasseten“ schönen Wetters keine verlorene Zeit. ■

In Kooperation mit SPD-Bürgerschaftsfraktion Lübeck veranstaltete die SPD-Landtagsfraktion Anfang September die Regionalkonferenz „Wohnraum stapeln – oder Lebensraum gestalten? Bezahlbares Wohnen in Schleswig-Holstein“. Moderiert wurde die Konferenz, die im Bürgerschaftssaal des Lübecker Rathauses stattfand, von Özlem Ünsal, baupolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

Nach einem Begrüßungswort des Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Peter Peterreit, warf Dietmar Walberg, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen (ARGE), die Frage auf, ob steigende Baukosten bezahlbares Wohnen ausbremsen. Zudem gab er Einblicke in die bundesweit umfassendste Studie zu den Baukosten im Mietwohnungs-

## Bezahlbares Wohnen



**Peter Peterreit, Hilmar Müller-Teut, Dr. Maik Krüger, Jan Lindenau, Özlem Ünsal, Dr. Matthias Rasch, Thomas Klempau, Dietmar Walberg (v. l.)**

bau, die von der ARGE erstellt und im Mai 2019 veröffentlicht worden ist.

Ein Mietenmonitoring für die Regionen Lübeck, Ostholstein und Herzogtum-Lauenburg wurde von Hilmar Müller-Teut vorgestellt, der als Wohnungsmarktanalyst bei der Investitionsbank

Schleswig-Holstein tätig ist. Als dritter Referent informierte Dr. Maik Krüger vom Kieler Innenministerium über Aufgaben und Ziele der sozialen Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein.

Für die Podiumsdiskussion kamen der Lübecker Bürgermeister Jan Lindenau, der Geschäftsführer der Grundstücksgesellschaft Trave, Dr. Matthias Rasch, und der Geschäftsführer des Mietervereins Lübeck, Thomas Klempau, hinzu. Die Diskutanten waren sich insoweit einig, dass eine soziale Spaltung in angespannten Wohnungsmarktsegmenten verhindert werden muss.

Dafür bedarf es nicht nur einer aktiven und flexiblen Förderpolitik, eines klaren gesetzlichen Rahmens, innovativer Konzepte und neuer Wege für bezahlbares Wohnen in den Quartieren, sondern es besteht auch die Notwendigkeit, dass alle beteiligten Wohnungsmarktakteure an einem Strang ziehen. ■